

Fach	Abgabenordnung	Gesamt- stunden 77	Hauptstudium
		Unterrichts- stunden 71	Klausurstunden 6

Lernziele	Lehrinhalt		LVS
<p>Die Studierenden sollen umfassend die Probleme zur Zulässigkeit von Einsprüchen beherrschen, insbesondere sollen sie die Besonderheiten der Einspruchsbefugnis bei einheitlichen Feststellungen, die Hinzuziehung zum Einspruchsverfahren und die Verbindung von Einspruchsverfahren beherrschen und Problemstellungen sachgerecht lösen können. ⁽³⁾</p> <p>Die Studierenden sollen das Einspruchsverfahren als verlängertes Veranlagungsverfahren verstanden haben und ausgehend von der Einspruchsbefugnis den Umfang der Entscheidungsmöglichkeiten beherrschen und auf unbekannte Sachverhalte praxisgerecht anwenden können. ⁽³⁾</p>	1	Einspruchsverfahren §§ 347-367 AO	12
	1.1	Zulässigkeitsvoraussetzungen § 358 AO Wiederholung und Vertiefung der Zulässigkeitsvoraussetzungen Einspruchsbefugnis bei einheitlichen Feststellungsbescheiden § 352 AO n. F.	
	1.2	Begründetheitsprüfung Umfang der Überprüfung und Neuentscheidung §§ 367 Abs. 2 AO i.V.m. § 351 AO Korrektur während des Einspruchsverfahrens §§ 351, 132, 365 AO – Vertiefung –	
	1.3	Ruhe des Einspruchsverfahrens § 363 Abs. 2 AO, nur Grundzüge i.V.m. § 367 Abs. 2a und b AO	
<p>Die Studierenden sollen die unterschiedlichen Arten von Steuerverwaltungsakten beherrschen und ihre Besonderheiten kennen. ⁽³⁾</p> <p>Die Studierenden sollen auch schwierige und nicht alltägliche Probleme zur Bekanntgabe beherrschen. ⁽³⁾</p>	1.4	Einspruchserledigung § 367 AO	13
	2	Steuerverwaltungsakte	
	2.1	Begriff § 118 AO Arten Nebenbestimmungen § 120 AO (Wiederholung und Vertiefung)	
	2.2	Bekanntgabe von Steuerverwaltungsakten § 122 AO, §§ 183, 183a AO n. F. Wiederholung und ausgewählte Vertiefung	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen in Abgrenzung zu den Korrekturmöglichkeiten von Steuerbescheiden die Möglichkeiten der Rücknahme und des Widerrufs von sonstigen Verwaltungsakten kennen und auf konkrete praxisrelevante Fälle anwenden können. ⁽³⁾</p> <p>Die Studierenden sollen die Festsetzungsfrist ausgehend von der Anlaufhemmung über die besonderen Arten der Fristdauer bis zu den Ablaufhemmungen in allen Facetten anwenden und auch schwierige Fallgestaltungen sachgerecht lösen können. ^(3, 4)</p> <p>Die Studierenden sollen die unterschiedlichen Geldleistungsansprüche in Bezug auf Entstehung, Fälligkeit und Erlöschen beherrschen und konkrete Fallgestaltungen sach- und formgerecht lösen können. ⁽³⁾</p>	<p>nur Hinweis für Bekanntgabe bei Gesellschaften in Liquidation oder nach Vollbeendigung</p> <p>2.3 Korrektur von Steuerverwaltungsakten, Wiederholung und Vertiefung der Änderungstatbestände für Steuerbescheide §§ 129-131, 164, 165, 172 ff. AO</p> <p>2.4 Festsetzungsverjährung §§ 169 ff. AO Bedeutung, Rechtsfolge</p> <p>Beginn § 170 AO mit Anlaufhemmungen §§ 170 Abs.2, 175 Abs.1 S.2 AO Dauer § 169 Abs.2 AO Ende mit ausgewählten Ablaufhemmungen §§ 171 mit 181 Abs.5 AO, insbesondere § 171 Abs.4 AO n. F.</p> <p>3 Haftungsverfahren (nur Hinweis auf Haftungsbescheid, materielle Haftungsnormen kein Unterrichtsstoff)</p> <p>4 Steuerliches Erhebungsverfahren</p> <p>4.1 Steueransprüche</p> <p>4.2 Erstattungsansprüche § 37 Abs.2 AO, Anhang 18 des AO-Handbuchs wird nicht unterrichtet</p> <p>4.3 Entstehung, § 38 AO Fälligkeit, § 220 AO</p>	<p></p> <p></p> <p></p> <p>1</p> <p>4</p>

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen ein illegales Verhalten des Steuerpflichtigen als Steuerhinterziehung oder leichtfertige Steuerverkürzung einordnen können, die Sanktionsmöglichkeiten kennen und die steuerlichen Folgen der Taten beherrschen. ⁽²⁾</p>	<p>4.4 Abrechnungsbescheid</p> <p>4.5 Hinweis: Aufrechnung § 226 AO nur steuerliche Besonderheiten zu Kenntnissen aus dem Privatrecht</p> <p>4.6 Zahlungsverjährung Beginn, § 229 AO Dauer, § 228 AO Unterbrechung, § 231 AO</p>	
	<p>5 Steuerstrafrecht</p> <p>Überblick über Steuerhinterziehung § 370 AO Leichtfertige Steuerverkürzung § 378 AO Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung § 371 AO</p>	2
	6 Übungen	27
	7 Prüfungsvorbereitung	12
	8 Bearbeiten der Klausur	6
	<p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - unterrichtsbegleitendes GRUNDLAGEN-SKRIPT mit Erläuterungen, Übersichten und Beispielen - gesonderte ÜBUNGSFÄLLE zur Verarbeitung behandelter Lerninhalte - eigenständig zu bearbeitende ÜBUNGSAUFGABEN zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte 	

Fach	SGV (30 LVS) ASV (6 LVS)	Gesamt- stunden 36	Hauptstudium
	Kooperation und ökonomisches Arbeiten	Unterrichts- stunden 36	Klausurstunden

Lernziele	Lehrinhalt		LVS
<p>Die Teilnehmenden setzen sich mit den zukünftigen Anforderungen ihres Arbeitsumfelds auseinander und können aus den vermittelten Lerninhalten Handlungsstrategien ableiten, und diese z. B. bei Diskussionen, Präsentationen, Übungen, Praxisimulationen (Rollenspielen) anwenden. Schwerpunktmäßig beschäftigen sie sich mit den Themen Arbeitsplanung, Kooperation und Bürgerorientierung.</p> <p><u>Lernziele Arbeitsplanung:</u> Die Teilnehmenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - kennen⁽¹⁾ und nutzen Methoden von Selbst- und Zeitmanagement bzw. Problemlösung.⁽⁴⁾ - können ihren künftigen Aufgabenbereich rational organisieren, planen und ihre Zeit effektiv einteilen.⁽⁴⁾ 	1	Zeit- / Selbstmanagement und Problemlösung	6
	1.1	Zeitplanungsinstrumente (Wiederholung)	2
	1.2	Anwendung von Zeitplanungsinstrumenten und Problemlösungstechniken in der Praxis	4
<p><u>Lernziele Kooperation:</u> Die Teilnehmenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - kennen Grundlagen der Dynamik in Gruppen;⁽²⁾ - kennen die Notwendigkeit, Möglichkeiten und Grenzen von Kooperation und Teamarbeit in der Finanzverwaltung;⁽²⁾ - verstehen Sinn und Nutzen von kooperativem Verhalten;⁽²⁾ - können Formen und Methoden der Kooperation entwickeln und nutzen;⁽⁴⁾ - kooperieren effektiv und effizient.⁽⁴⁾ 	2	Kooperation	12
	2.1	Chancen, Grenzen und Rahmenbedingungen von Kooperation	
	2.2	Grundlagen von Teamarbeit und Gruppendynamik	
	2.2.1	Gruppen als Systeme	
	2.2.2	Entwicklungsphasen von Gruppen	
	2.2.3	Rollen und Normen in Gruppen	
	2.2.4	Umgang mit Rollenkonflikten	
	2.3	Strategien und Methoden sinnvoller Kooperation in der Finanzverwaltung	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<u>Lernziele Bürgerorientierung:</u> Die Teilnehmenden - verstehen Nutzen und Grenzen der Bürgerorientierung für Bürger und Verwaltung; ⁽²⁾ - setzen sich mit ihrem eigenen Arbeitsprofil d. h. ihren individuellen Zielen und Prioritäten – und ihrer Motivation auseinander; ⁽⁴⁾ - setzen sich mit Motivations-, Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für Ihre späteren Aufgabenbereiche auseinander; ⁽⁴⁾ - handeln bürgerorientiert und verstehen sich auch als Dienstleister. ⁽⁴⁾	3 Bürgerorientierung	18
	3.1 Gesellschaftliche Entwicklungen	
	3.2 Rolle von Bürger und Verwaltung in der Gesellschaft	2
	3.3 Chancen und Grenzen der Bürgerorientierung	4
	3.3.1 Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an die Verwaltung	
	3.3.2 Anforderungen der Verwaltung an die Bürgerinnen und Bürger, z. B. bürgernahe Sprache	
	3.3.3 Interkulturelle Kompetenz	4
	3.4 Verwaltungsmodernisierung und Bürgerorientierung, z. B. Digitalisierung, Information und Kommunikation im digitalen Raum und in sozialen Netzwerken	
	3.5 Umgang mit neuen Arbeitsformen und Arbeitsmitteln, z. B.	
	3.5.1 Telearbeit, Auftragsübersicht, Leistungsvergleich	2
	3.5.2 Persönliche Ist-Analyse (Rolle, Werte, Ziele, Motivation)	6
	3.5.3 Umgang mit Rollenanforderungen und Rollenkonflikten	
	3.6 Schwierige Gesprächssituationen mit Bürgerinnen und Bürgern	

Fach	Bilanzsteuerrecht	Gesamt- stunden 116	Hauptstudium
		Unterrichts- stunden 110	Klausurstunden 6

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen Bilanzberichtigungen über mehrere Jahre im Hinblick auf die tatsächlichen Prüfungszeiträume umsetzen können. ⁽³⁾	1	Bilanzberichtigungen § 4 Abs. 2 EStG	12
	1.1	Bilanzberichtigung bei bestandskräftigen Veranlagungen	
	1.2	Bilanzberichtigungen über mehrere Jahre	
	1.3	Mehr- und Weniger-Rechnung nach der GuV-Methode	
Die Studierenden sollen die Bilanzierungs- und Bewertungsprinzipien und -maßstäbe sachgerecht anwenden können. ⁽³⁾	2	Bilanzierung / Bewertung	6
	2.1	Bewertungsmaßstäbe § 253 HGB; § 6 Abs.1 EStG	
	2.1.1	Grundsatz der Einzelbewertung § 252 Abs. 1 HGB	
	2.1.2	Gruppenbewertung § 240 HGB	
	2.1.3	Verbrauchsfolgeunterstellung (nur Hinweis), § 256 HGB; § 6 Abs.1 Nr.2a EStG	
	2.2	Bewertungsmaßstäbe § 253 HGB; § 6 Abs.1 EStG	
	2.2.1	Anschaffungskosten § 255 HGB	
	2.2.2	Durchschnittswert § 240 HGB	
	2.2.3	Teilwert § 6 Abs.1 EStG	
Die Studierenden sollen immaterielle und materielle Wirtschaftsgüter abgrenzen können und die besonderen Bilanzierungs-/Bewertungsregeln anwenden können. ⁽³⁾	3	Immaterielle Wirtschaftsgüter	2
	3.1	Immaterielle Einzelwirtschaftsgüter §§ 248, 255 HGB § 5 Abs.2, § 6 Abs.1 EStG	

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen die handels- und steuerrechtliche Bilanzierung von Beteiligungen an Personen- und Kapitalgesellschaften sachgerecht anwenden können. ⁽³⁾	3.2	Derivativer Firmenwert §§ 246, 253 HGB § 6 Abs.1 EStG	7
	4	Beteiligungen	
	4.1	Beteiligungen an Personengesellschaften § 253 HGB	
	4.2	Beteiligungen an Kapitalgesellschaften §§ 253, 271 HGB	
Die Studierenden sollen die Behandlung betrieblicher Wertpapiererträge umsetzen können. ⁽²⁾	5	Wertpapiere und ihre Erträge	5
	5.1	Anteile an Kapitalgesellschaften § 253 HGB; § 6 Abs.1 EStG	
	5.2	Ausschüttungen aus Anteilen an Kapitalgesellschaften § 20 Abs.1 u. 8 EStG §§ 43, 43a EStG	
Die Studierenden sollen die Bewertung von Halb- und Fertigerzeugnissen sachgerecht anwenden können. ⁽³⁾	6	Halb- und Fertigerzeugnisse im Herstellungsbetrieb § 255 HGB	7
	6.1	Begriff und Einteilung der Kosten	
	6.2	Herstellungskosten	
	6.2.1	Handelsrechtlicher Mindestansatz	
	6.2.2	Steuerrechtlicher Mindestansatz	
	6.2.3	Höchst möglicher Ansatz nach Handels- und Steuerrecht	
	6.3	Selbstkosten und Selbstkostenpreis	
	6.4	Kalkulationsverfahren	
	6.4.1	Divisionskalkulation	
	6.4.2	Zuschlagskalkulation	
	6.5	Teilwertfragen	

Lernziele	Lehrinhalt		LVS
Die Studierenden sollen die verschiedenen Formen von Sonderposten mit Rücklagenanteil abgrenzen und sachgerecht anwenden können. ⁽³⁾	6.6	Umsatz- und Gesamtkostenverfahren	3
	7	Rücklagen	
	7.1	Rücklage nach § 6b EStG (auch § 6b Abs. 10 EStG)	
Die Studierenden sollen Besonderheiten bei Grundstücken umsetzen können. ⁽³⁾	8	Besonderheiten bei Grundstücken	4
	8.1	Grundstücke und Grundstücks- teile	
	8.2	Gebäude auf fremdem Grund und Boden, §§ 94, 946, 95 BGB (ohne wirtschaftliches Eigentum und Eigenaufwand)	
	8.3	Erbbaurecht, §§ 1ff ErbbauRG	
Die Studierenden sollen die unterschiedlichen Rückstellungsformen abgrenzen und die Bewertungsprinzipien anwenden können. ⁽³⁾	9	Rückstellungen	14
	9.1	Handelsrechtliches Rückstellungsgebot § 249 HGB	
	9.2	Steuerrechtliche Rückstellungsgebote § 5 Abs.1 EStG; § 249 HGB	
	9.3	Steuerrechtliches Rückstellungsverbot §§ 5 Abs.2a, Abs.3, Abs.4, Abs. 4a+b, 6a EStG	
	9.4	Rückstellungen (Einzelfälle) für	

Lernziele	Lehrinhalt		LVS
Die Studierenden sollen den Ablauf einer Außenprüfung und grundlegende Begriffe der steuerlichen Prüfungstechnik kennenlernen. ⁽²⁾	9.4.1	Ungewisse Verbindlichkeiten aus privatrechtlichen Verpflichtungen	6
	9.4.2	Ungewisse Verbindlichkeiten aus öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen	
	9.5	Aufwandsrückstellungen	
	10	Außenprüfung	
	10.1	Begriffe der steuerlichen Prüfungstechnik	
	10.1.1	Istumsatz	
	10.1.2	Sollumsatz	
	10.1.3	Wirtschaftlicher Umsatz	
	10.1.4	Wirtschaftlicher Wareneinsatz	
	10.1.5	Rohgewinn	
	10.1.6	Rohgewinnsatz	
	10.1.7	Reingewinn	
	10.1.8	Reingewinnsatz	
	10.2	Wirtschaftskriminalität	
	11	Übungen zum Lehrstoff	32
	12	Prüfungsvorbereitung	12
	13	Bearbeiten der Klausur	6

Fach	Einkommensteuer	Gesamtstunden 113	Hauptstudium
		Unterrichtsstunden 107	Klausurstunden 6

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden werden über die Rechtsänderungen, die sich im aktuellen Veranlagungsjahr bei Stoffgebieten, die in den vorhergehenden Studienabschnitten behandelt wurden, informiert. ⁽³⁾	1	Rechtsänderungen	2
Die ertragsteuerlichen Folgen der Veräußerung oder Aufgabe einer betrieblichen Einkunftsquelle sollen von den Studierenden in materiell-rechtlicher und technischer Hinsicht umfassend beherrscht werden. ⁽³⁾	2	Veräußerung und Aufgabe eines Betriebs § 16 EStG	15
Die Auswirkungen der unterschiedlichen Kaufpreisvereinbarungen auf die Höhe des Veräußerungsgewinns werden von den Studierenden sicher beherrscht. ⁽³⁾		2.1 Begünstigter Gegenstand	
		2.1.1 Ganzer Betrieb	
		2.1.2 Organischer Teilbetrieb (Hinweis)	
		2.1.3 Fiktiver Teilbetrieb	
		2.2 Begünstigte Vorgänge	
		2.2.1 Betriebsveräußerung § 16 Abs.1 EStG	
		2.2.2 Betriebsaufgabe § 16 Abs.3 EStG	
Die Studierenden sollen auch die nach der Betriebsveräußerung/Betriebsaufgabe noch anfallenden Ausgaben und Einnahmen sicher beurteilen können. ⁽³⁾		2.3 Die unentgeltliche Betriebsübertragung	
		2.3.1 Gesamtrechtsnachfolge	
		2.3.2 Einzelrechtsnachfolge Teilentgeltliche Betriebsübertragung	
		2.4 Ermittlung des Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinns § 16 Abs.2 EStG	
		2.4.1 Veräußerungspreis Besonderheiten bei unverzinslicher Kaufpreisstundung Besonderheiten bei Raten und Renten Zurückbehaltene Wirtschaftsgüter/Schulden	
		2.4.2 Wert des Betriebsvermögens Zwangsrest-Betriebsvermögen	
		2.4.3 Veräußerungskosten	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden kennen die Voraussetzungen unter denen ein im Ganzen verpachteter Betrieb als „ruhender Betrieb“ weitergeführt werden kann. Sie können praktische Fälle lösen, in denen es zur Zwangsaufgabe des verpachteten Betriebs kommt. ⁽³⁾</p> <p>Die Studierenden sollen die Voraussetzungen für die Annahme des Rechtsinstituts „Betriebsaufspaltung“ im Detail kennen und sicher auf praktische Fälle anwenden können. Sie kennen die ertragsteuerlichen Folgen bei Vorliegen einer Betriebsaufspaltung und können die theoretischen Kenntnisse auf praktische Fälle anwenden. ⁽³⁾</p> <p>Die Folgen bei Wegfall der Voraussetzungen für die Annahme einer Betriebsaufspaltung werden sicher überblickt. ⁽³⁾</p>	<p>2.4.4 Abgrenzung des Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinns vom laufenden Gewinn</p> <p>2.4.5 Nachträgliche Einkünfte aus dem ehemaligen Betrieb § 24 Nr.2 EStG</p> <p>2.5 Freibetrag § 16 Abs.4 EStG</p> <p>2.6 Ermäßigter Steuersatz § 34 EStG</p> <p>2.7 Betriebsveräußerung und Betriebsaufgabe im Bereich der selbständigen Arbeit § 18 EStG</p>	3
	<p>3 Betriebsverpachtung §§ 15, 16 Abs.3b EStG</p>	
	<p>3.1 Verpachtung des ganzen Betriebs</p>	
	<p>3.1.1 Ruhender Betrieb</p>	
	<p>3.1.2 Verpächterwahlrecht</p>	
	<p>3.1.3 Zwangsaufgabe</p>	
	<p>4 Betriebsaufspaltung § 15 EStG</p>	
	<p>4.1 Begriff/Tatbestandsmerkmale</p>	
	<p>4.1.1 Personelle Verflechtung von Besitz- und Betriebsunternehmen</p>	
	<p>4.1.2 Sachliche Verflechtung von Besitz- und Betriebsunternehmen</p>	
	<p>4.2 Arten der Betriebsaufspaltung</p>	
	<p>4.2.1 Echte Betriebsaufspaltung</p>	
	<p>4.2.2 Unechte Betriebsaufspaltung</p>	
	<p>4.2.3 Mitunternehmerische / kapitalistische Betriebsaufspaltung (Hinweis)</p>	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden können sicher beurteilen in welchen Fällen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften und transparenten Gesellschaften steuerverstrickt sind. Sie können die theoretischen Voraussetzungen anhand von Übungsfällen sicher umsetzen. ⁽³⁾	4.3 Entstehung einer Betriebsaufspaltung (Gründung)	
	4.3.1 Echte Betriebsaufspaltung	
	4.3.2 Unechte Betriebsaufspaltung	
	4.4 Laufende Besteuerung bei bestehender Betriebsaufspaltung	
	4.4.1 Einkunftsart beim Besitzunternehmen	
	4.4.2 Behandlung der verpachteten Wirtschaftsgüter	
	4.4.3 Behandlung der Beteiligungen am Betriebsunternehmen	
	4.5 Beendigung der Betriebsaufspaltung	
	5 Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften § 17 EStG	8
	5.1 Begriff/Voraussetzungen	
	5.1.1 Relevante Beteiligungen im Fünfjahreszeitraum	
	5.1.2 Unentgeltlich erworbene Anteile	
	5.1.3 Teilentgeltlich erworbene Anteile	
	5.1.4 Verdeckte Einlage	
	5.2 Ermittlung des Veräußerungsgewinns/-verlustes § 17 Abs.2 EStG	
	5.2.1 Veräußerungspreis	
	5.2.2 Veräußerungskosten	
	5.2.3 Anschaffungskosten insb. § 17 Abs. 2a EStG	
	5.2.4 Teileinkünfteverfahren § 3 Nr.40 S.1 Bst. c EStG	
	5.2.5 Wahlrecht zur laufenden Besteuerung	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen die unterschiedlichen Arten von wiederkehrenden Bezügen sicher voneinander abgrenzen können. ⁽³⁾ Die steuerliche Behandlung wird sicher beherrscht bei betrieblichen und privaten Veräußerungsrenten sowie bei privater Versorgungsleistung. ⁽³⁾ Betriebliche Versorgungsleistungen, Unterhaltsleistungen und Schadensersatzrenten werden im Überblick behandelt. ⁽²⁾ <u>Anmerkung:</u> Altersrenten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen werden abschließend im Grundstudium 1 behandelt.</p>	<p>5.3 Verlustausgleichsbeschränkungen</p> <p>5.4 Freibetrag § 17 Abs.3 EStG</p> <p>6 Steuerliche Behandlung von wiederkehrenden Bezügen / Leistungen und Zahlungen</p> <p>6.1 Einteilung und Abgrenzung der wiederkehrenden Bezüge / Leistungen und Zahlungen (Renten, Dauernde Lasten, Sonstige wiederkehrende Bezüge/Leistungen)</p> <p>6.2 Unterscheidung nach Art der Begründung</p> <p>6.2.1 Entgeltliche Begründung</p> <p>6.2.1.1 Betriebliche wiederkehrende Bezüge im Austausch mit einer Gegenleistung beim Berechtigten und beim Verpflichteten am Beispiel der Renten (vgl. auch Tz. 2.4.1)</p> <p>6.2.1.2 Private wiederkehrende Bezüge im Austausch mit einer Gegenleistung beim Berechtigten und beim Verpflichteten am Beispiel der Renten (insb. i.V.m. § 17 EStG, § 23 EStG)</p> <p>6.2.2 Unentgeltliche Begründung</p> <p>6.2.2.1 Betriebliche Versorgungsleistungen (Hinweis)</p> <p>6.2.2.2 Private Versorgungsleistungen beim Berechtigten und Verpflichteten nach § 10 Abs. 1a Nr. 2 EStG, § 22 Nr. 1a EStG (Altfälle vor dem 1.1.2008 nur als Hinweis)</p> <p>6.2.3 Teilentgeltliche Übertragung im Zusammenhang mit wiederkehrenden Bezügen / Leistungen</p>	14

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Vermögensübertragungen von Privatvermögen sollen aufbauend auf die Kenntnisse aus dem Grundstudium 2A vertieft werden. ⁽³⁾</p> <p>Die Studierenden sollen die unterschiedliche Behandlung von vereinbarten Teilentgelten bei Übertragungen von Privatvermögen und von Betriebsvermögen auf praktische Fälle umsetzen können.</p>	<p>und Zahlungen nach § 10 Abs. 1a Nr. 2 EStG, § 22 Nr. 1a EStG</p>	5
	6.2.4 Unterhaltsleistungen beim Berechtigten und Verpflichteten § 12 Nr. 2 EStG	
	6.3 Einzelheiten zum Ertragsanteil	
	6.3.1 Bei Leibrenten	
	6.3.2 Bei abgekürzten / verlängerten Leibrenten	
	6.3.3 Bei Erhöhung / Herabsetzung von Leibrenten (Hinweis)	
	6.4 Kapitalabfindung bei Leibrenten	
	6.5 Renten aus gesetzlichen und privaten Versicherungen (vgl. auch Lehrplan G1 Tz. 17.1.1)	
	6.6 Schadensrenten (Hinweis)	
	6.7 Versorgungsausgleich (Hinweis)	
	7 Vermögensübertragungen im Rahmen der vorweggenommenen Erbfolge § 15, § 17, § 21 EStG	
	7.1 Übertragung von Privatvermögen (vgl. auch Lehrplan ESt Grundstudium 2A, Tz 3.6.4)	
	7.1.1 Abstands- und Ausgleichszahlungen	
	7.1.2 Übernahme von Verbindlichkeiten	
	7.1.3 Laufende Leistungen	
	7.1.4 Folgen beim Übergeber	
	7.1.5 Folgen beim Übernehmer	
	7.2 Übertragung von Betriebsvermögen	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die ertragsteuerlichen Grundlagen für Vermögensübergänge im Wege der Gesamtrechtsnachfolge sollen von den Studierenden sicher beherrscht werden. ⁽³⁾ Die ertragsteuerlichen Folgen der Erbauseinandersetzung bei den abfindenden und den weichen Miterben sollen von den Studierenden sicher anhand praktischer Fälle beherrscht werden. ⁽³⁾</p>	7.2.1	Teilentgelt übersteigt die Buchwerte
	7.2.2	Teilentgelt übersteigt die Buchwerte nicht
	8	Ertragsteuerliche Behandlung von Erbfällen BMF-Schreiben vom 14.3.2006
	8.1	Nur ein Erbe ist Gesamtrechtsnachfolger § 1922 BGB
	8.1.1	Erbmasse ohne Betriebsvermögen
	8.1.2	Erbmasse mit Betriebsvermögen
	8.2	Erbengemeinschaft ist Gesamtrechtsnachfolger § 1922 BGB
	8.2.1	Erbauseinandersetzung im Privatvermögen
	8.2.1.1	Ohne Ausgleichszahlungen (reale Teilung)
	8.2.1.2	Mit Ausgleichszahlungen
	8.2.2	Erbauseinandersetzung im Betriebsvermögen
	8.2.2.1	Ohne Ausgleichszahlungen
	8.2.2.2	Mit Ausgleichszahlungen (Hinweis; mit Verweis auf das Fach GesR)
	8.3	Tod eines Mitunternehmers (Hinweis; mit Verweis auf das Fach GesR)
	8.4	Besteuerung des Vermächtnisnehmers und des Pflichtteilsberechtigten

Lernziele	Lehrinhalt		LVS
<p>In Ergänzungen zu den im Grundstudium 1 behandelten Sachbezügen im Zusammenhang mit einem Arbeitsverhältnis lernen die Studenten die geldwerten Vorteile, die nach der Sozialversicherungsentgeltverordnung bewertet werden, die Personalrabatte und die Vorteile aus Arbeitgeberdarlehen kennen. ⁽²⁾ Die Studierenden kennen die Besonderheiten bei der Gewährung von bloßen Annehmlichkeiten und bei der Gewährung von Vorteilen anlässlich von Betriebsveranstaltungen. ⁽²⁾</p>	9	Besonderheiten zu Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit § 19, § 8 EStG	3
	9.1	Geldwerte Vorteile / Sachbezüge aus Arbeitsverhältnissen	
	9.1.1	Sachbezüge, die mit den üblichen Endpreisen am Abgabeort zu bewerten sind § 8 Abs.2 EStG	
	9.1.2	Sachbezüge, die mit amtlichen Sachbezugswerten zu bewerten sind Unterkunft / Wohnung Mahlzeiten	
	9.1.3	Verbilligter Bezug von Waren und Dienstleistungen § 8 Abs.3 EStG	
	9.1.4	Verbilligte Arbeitnehmerdarlehen	
	9.2	Bloße Aufmerksamkeiten	
	9.3	Betriebsveranstaltungen	
	10	Übungsfälle zum Lehrstoff (Tz. 1 – 9) und Besprechung der Klausur	26
	11	Bearbeiten der Klausur	6
	12	Prüfungsvorbereitung	12
	Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:		
	<ul style="list-style-type: none"> - unterrichtsbegleitende ARBEITSBLÄTTER mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben - gesonderte ÜBUNGSAUFGABEN zur Verarbeitung behandelter Lehrinhalte - eigenständig zu bearbeitende HAUSAUFGABEN zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte 		

Fach	Besteuerung der Gesellschaften	Gesamtstunden 88	Hauptstudium
		Unterrichtsstunden 82	Klausurstunden 6

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen:	I. Personengesellschaften	
- die unterschiedlichen Gründungsfallgruppen kennen lernen, verstehen und Fälle lösen können ⁽⁴⁾	1 Gründung von Personengesellschaften	12
	1.1 Bargründung	
	1.2 Sachgründung	
	1.2.1 Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter aus dem Privatvermögen § 6 Abs.6 EStG	
- § 24 UmwStG anwenden können ⁽³⁾	1.2.2 Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter aus einem Betriebsvermögen § 6 Abs.5 S.3 EStG	
	1.2.3 Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils § 24 UmwStG	
Hinweis: Es entfällt eine technische Variante (Anhang 28, 24.14 ESt-Handbuch), zeitl. Umfang 3 LVS	1.2.4 Wahlrechte des Umwandlungssteuergesetzes	
	1.2.5 Buchwertfortführung § 24 Abs.2 S.2 UmwStG	
	1.2.6 Ansatz des gemeinen Wertes § 24 Abs.2 S.1 UmwStG	
	1.2.7 Ansatz eines Zwischenwerts § 24 Abs.2 S.2 UmwStG	
	1.2.8 Einbringung mit Zuzahlung in den Fällen des § 24 UmwStG	
	1.2.9 Steuerliche Folgen aus der unterschiedlichen Wahlrechtsausübung durch die Personengesellschaft § 24 Abs.4 UmwStG	
- den Eintritt eines Gesellschafters bilanziell umsetzen können ⁽³⁾	2 Eintritt eines Gesellschafters in eine bestehende Personengesellschaft § 24 UmwStG	2

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
- den Gesellschafterwechsel mit seinen bilanziellen Konsequenzen umsetzen können	3	Gesellschafterwechsel § 16 Abs.1 Nr.2 EStG	5
- die Konsequenzen des Ausscheidens eines Gesellschafters bilanzsteuerlich umsetzen können ⁽⁴⁾	4	Ausscheiden eines Gesellschafters aus einer Personengesellschaft § 16 Abs.1 Nr.2 EStG	5
- die Grundzüge des § 15a Abs. 1 und Abs. 2 EStG verstehen und anwenden ⁽²⁾ ; § 15a Abs. 3 wird nicht besprochen	5	Verluste bei beschränkter Haftung gemäß § 15a EStG	5
	5.1	Anwendungsbereich	
	5.2	Verrechenbare Verluste § 15a Abs.2 EStG	
	5.3	Gesonderte Feststellungen § 15a Abs.4 EStG	
- die Grundzüge der GmbH & Co KG kennen lernen und umsetzen können ⁽³⁾	6	Verbundene Unternehmen, Doppelgesellschaften	1
	6.1	Obergesellschaft als Mitunternehmer	
	6.2	Unterbeteiligung § 15 Abs.1 Nr.2 EStG	
	6.3	GmbH & Co KG § 15 Abs.1 Nr.2 EStG	
	6.3.1	Gründung § 161 Abs.1, Abs.2, § 105 Abs.3 HGB, § 705 ff. BGB	
	6.3.2	Gewerbliche Prägung § 15 Abs.3 EStG	
	6.3.3	Vermögensverwaltende GmbH u. Co KG §§ 161 Abs.2, 105 Abs.2 HGB	
	6.3.4	Bilanzsteuerrechtliche Besonderheiten	
	6.3.5	Laufende Besteuerung	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>- § 20 UmwStG vorgestellt bekommen und diese Vorschrift in ihren Grundzügen im Rahmen von Fallbearbeitungen beherrschen ⁽²⁾; die zivilrechtlichen Grundlagen und die Ziffern 9.1 – 9.7 werden nur kurz angesprochen ⁽¹⁾</p> <p>- einen kurzen Überblick erhalten ⁽¹⁾</p>	<p>7 Betriebsaufspaltung Detaillehrplan siehe Hauptstudium/Einkommensteuer</p>	
	<p>II. Kapitalgesellschaften</p>	
	<p>8 Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH –</p>	3
	<p>8.1 Stammkapital, Stammeinlage, Bar- und Sachgründung § 5 GmbHG</p>	
	<p>8.2 Gründung §§ 2, 3, 11 GmbHG</p>	
	<p>8.3 Organe § 35, § 48 GmbHG</p>	
	<p>8.4 Geschäftsführung, Vertretung § 6 GmbHG, § 35 GmbHG</p>	
	<p>8.5 Gesellschaftsvermögen</p>	
	<p>8.6 Haftung § 11 Abs.2 GmbHG § 13 Abs.2 GmbHG</p>	
	<p>8.7 Kapitalersetzende Darlehen § 17 EStG</p>	
	<p>8.8 Gewinn- und Verlustbeteiligung</p>	
	<p>8.9 Eintritt, Austritt aus der GmbH, Anteilsübertragung § 17 EStG</p>	
	<p>8.10 Einbringung von Unternehmensanteilen in eine Kapitalgesellschaft (§ 20 UmwStG)</p>	
	<p>9 Aktiengesellschaft – AG</p>	
	<p>9.1 Grundkapital, Aktie, Arten der Aktie, Bezugsrecht §§ 6, 7, 8, § 186 AktG</p>	
	<p>9.2 Gründung §§ 23, 29, 30, 36, 36a AktG</p>	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
- einen kurzen Überblick erhalten ⁽¹⁾	9.3 Organe §§ 76 ff., 95 ff., 118 AktG	
	9.4 Geschäftsführung, Vertretung §§ 76 Abs.1, 78 Abs.1 AktG	
	9.5 Gesellschaftsvermögen	
	9.6 Haftung § 29 AktG, § 41 AktG	
	9.7 Gewinn- und Verlustbeteiligung	
	10 Gewinnermittlung bei Kapital- gesellschaften	
	10.1 Laufende Gewinnermittlung § 266 HGB	
	10.2 Buchtechnische Behandlung nicht abziehbarer Ausgaben	
	10.3 Schuldrechtliche Beziehungen zwischen Gesellschaft und Ge- sellschaftern	
	10.4 Jahresabschluss § 264 HGB	
	10.4.1 Darstellung des Eigenkapitals § 266 Abs.3 HGB	
	10.4.2 Jahresüberschuss/Bilanzgewinn	
	10.4.3 Buchtechnische Behandlung des festgestellten Gewinns	
	10.4.4 Ausschüttung	
	10.4.5 Rücklagendotierung	
	10.4.6 Vortrag auf neue Rechnung	
- einen kurzen Überblick erhalten ⁽¹⁾	11 Besteuerung der Kapitalge- sellschaften (Verweisung auf Teilfach Körper- schaftsteuer und Gewerbe- steuer)	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<ul style="list-style-type: none"> - einen kurzen Überblick erhalten ⁽¹⁾ 	<p>12 Europäische Gesellschaftsformen Art.1 ff. EWIV-VO (EWG) Art.2 EWIV-VO § 1 AusführungsG, 105 ff. HGB, 105 Abs.3 HGB, 705 BGB</p> <p>III. Verkehrssteuerrechtliche Auswirkungen bei Personen- und Kapitalgesellschaften ErbSt / SchenkSt / GrErwSt</p>	
<ul style="list-style-type: none"> - die Bewertung des Betriebsvermögens von Personengesellschaften zutreffend durchführen können ⁽³⁾ 	<p>13 Betriebsvermögen der Personengesellschaften Bew</p> <p>13.1 Ansatz und Bewertung des Sonderbetriebsvermögens § 97 Abs.1 Nr.5 BewG</p> <p>13.2 Ableitung vom letzten Bilanztag bei Personengesellschaften § 109 BewG</p> <p>13.3 Aufteilung des Betriebsvermögenswerts § 97 Abs.1a BewG</p>	2
<ul style="list-style-type: none"> - die Bewertung nicht notierter Anteile an Kapitalgesellschaften zutreffend durchführen können ⁽³⁾ 	<p>14 Bewertung nicht notierter Anteile an Kapitalgesellschaften</p> <p>14.1 Ableitung des gemeinen Werts aus Verkäufen (auch Paketzuschlag) § 11 Abs.2 u. Abs.3 BewG</p> <p>14.2 Ermittlung des gemeinen Werts im vereinfachten Ertragswertverfahren § 97 Abs. 1b BewG</p> <p>14.2.1 Ermittlung Substanzwert § 109 BewG</p>	2

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<ul style="list-style-type: none"> - die Besteuerung des Unternehmensvermögens in ihrem systematischen Aufbau beherrschen und Sondertatbestände erkennen können ⁽²⁾ - einen kurzen Überblick erhalten ⁽¹⁾ 	14.2.2 Ansatz und Bewertung der Besitz- und Schuldposten	
	14.2.3 Ableitung vom letzten Bilanztag bei Kapitalgesellschaften	
	14.2.4 Ermittlung Ertragswert §§ 199 Abs.1, 200 - 203 BewG	
	14.2.5 Sonderfälle	
	15 Erbschaftsteuer / Schenkungssteuer	
	15.1 Besteuerung des Unternehmensvermögens §§ 13a, 13b ErbStG	2
	15.2 Steuerbefreiungen	
	15.3 Auslands- und Inlandsvermögen	
	15.3.1 Auslandsvermögen - Wirkung DBA - Bewertungsmaßstab	
	15.3.2 Inlandsvermögen - Wirtschaftsgüter des Inlandsvermögens - abziehbare Schulden - beschränkte Steuerpflicht	
	IV. Übungen zum Lehrstoff I	23
	V. Übungen zum Lehrstoff III	10
	VI. Prüfungsvorbereitung zum Lehrstoff I	8
	VII. Prüfungsvorbereitung zum Lehrstoff III	2

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch</p> <ul style="list-style-type: none">- unterrichtsbegleitende <u>Arbeitsblätter</u> mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben- gesonderte <u>Übungsaufgaben</u> zur Verarbeitung behandelter Lehrinhalte- eigenständig zu bearbeitende <u>Hausaufgaben</u> zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte	

Fach	Gewerbsteuer	Gesamtstunden 14	Hauptstudium
		Unterrichtsstunden 14	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Der besondere Charakter der Gewerbesteuer als Objektsteuer soll von den Studierenden erkannt werden; die Unterschiede zu anderen Steuerarten sollen klar überblickt werden. ⁽¹⁾	1	Einführung	1
	1.1	Stellung der Gewerbesteuer im Steuersystem, Abgrenzung zu anderen Steuerarten	
	1.2	Gewerbesteuer als Gemeindesteuer/wirtschaftliche Bedeutung	
	1.3	Rechtsgrundlagen	
Die Studierenden können das jeweilige Steuerobjekt bei den unterschiedlichen Rechtsträgern klar definieren. ⁽²⁾	2	Steuergegenstand	2
Die Abgrenzung der gewerblichen Tätigkeit von der bloßen Vermögensverwaltung, sowie der land- und forstwirtschaftlichen und freiberuflichen Tätigkeit kann zuverlässig vorgenommen werden. ⁽³⁾	2.1	Begriff des stehenden Gewerbebetriebs § 2 Abs.1 GewStG	
Der Studierende hat einen Überblick über die Steuerbefreiungen bei der Gewerbesteuer. ⁽¹⁾	2.2	Abgrenzung zu anderen Tätigkeiten	
	2.2.1	Vermögensverwaltung	
	2.2.2	Land- und Forstwirtschaft	
	2.2.3	Freiberufliche Tätigkeit	
	2.3	Gewerbebetrieb kraft Rechtsform § 2 Abs.2 GewStG	
	2.4	Mehrheit von Betrieben	
	2.5	Steuerbefreiungen (Hinweis)	
Die Studierenden können die Ausgangsbeträge zur Berechnung des Gewerbeertrags zutreffend übernehmen. ⁽³⁾	3	Gewerbeertrag als Bemessungsgrundlage § 7 GewStG	
Die Studierenden kennen die Voraussetzungen für die wichtigsten Hinzurechnungen der Entgelte für Schulden, der Renten und dauernden Lasten sowie der Miet- und Pachtaufwendungen. ⁽³⁾	3.1	Gewinn lt. EStG/KStG als Ausgangsgröße	1
	3.1.1	Besonderheiten bei Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinnen	
	3.1.2	Besonderheiten bei Entschädigungen	
Die restlichen Hinzurechnungen kennen die Studierenden im Überblick. ⁽¹⁾	3.2	Hinzurechnungen § 8 GewStG	3
	3.2.1	Finanzierungsanteile	
	3.2.2	Gewinnanteile aus Beteiligungen	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden können die wichtigsten Kürzungen des Gewerbeertrags für betrieblichen Grundbesitz und Gewinnen aus Beteiligungen sicher bestimmen.⁽³⁾</p> <p>Sie beherrschen den gewerbesteuerlichen Zuwendungsabzug⁽³⁾ und haben einen Überblick über die übrigen Kürzungsvorschriften.⁽¹⁾</p>	3.2.3 Andere Zurechnungen (Hinweis)	3
	3.3 Kürzungen § 9 GewStG	
	3.3.1 Betrieblicher Grundbesitz	
	3.3.2 Gewinnanteile aus Beteiligungen	
	3.3.3 Zuwendungen	
<p>Die Studierenden kennen die Berechnungsschritte zur Ermittlung der Gewerbesteuermesszahl und des Gewerbesteuermessbetrags sicher;⁽³⁾ sie haben einen Überblick über die Verlustbehandlung und Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrags.⁽¹⁾</p>	3.3.4 Andere Kürzungen (Hinweis)	1
	4 Festsetzung § 14 GewStG	
	4.1 Erhebungszeitraum	
	4.2 Steuermesszahl und Steuermessbetrag § 11 GewStG	
	4.3 Hebesatz	
	4.4 Gewerbeverlust (Hinweis)	1
	4.5 Zerlegung (Hinweis)	
	5 Überblick über Steuerermäßigung bei Einkünften aus Gewerbebetrieb nach § 35 EStG	2
	6 Übungsfälle zum Lehrstoff (Tz. 1- 4)	
	Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:	
	- unterrichtsbegleitende ARBEITSBLÄTTER mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben	
	- gesonderte ÜBUNGSAUFGABEN zur Verarbeitung behandelter Lerninhalte	
	- eigenständig zu bearbeitende HAUSAUFGABEN zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte	

Fach	Internationales Steuerrecht	Gesamt- stunden 44	Hauptstudium
		Unterrichts- stunden 44	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Die grundsätzlichen Fallgestaltungen internationaler Sachverhalte sollen erkannt werden. ⁽¹⁾	1	Einführung	2
	1.1	Der internationale Sachverhalt (= Überblick über das Studienfach)	
	1.2	Verhältnis von nationalem und internationalem Recht	
	1.3	Qualifikationskonflikte	
	1.4	Welteinkommen, Wohnsitzbesteuerung, Quellenbesteuerung	
Die Voraussetzungen und Rechtsfolgen des § 34c EStG sollen (in Grundfällen) von den Studierenden sicher beherrscht werden. ⁽³⁾	2	Einseitige Maßnahmen zur Beseitigung oder Milderung der Doppelbesteuerung	6
	2.1	Steuer-Inländer mit Auslandsinteressen	
	2.2	Ausländische Einkünfte § 34d EStG	
	2.2.1	Anrechnung ausländischer Steuern § 34c Abs.1 EStG	
	2.2.2	Abzug ausländischer Steuern § 34c Abs.2 EStG	
	2.2.3	Pauschalierung (Hinweis)	
Die Studierenden sollen das Besteuerungsrecht für die einzelnen Einkunftstypen sicher zuweisen können. ⁽³⁾	3	Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (DBA)	7
	3.1	Rechtscharakter der DBA	
	3.2	Grundsätze zur Anwendung eines DBA	
	3.3	Persönlicher Geltungsbereich	
	3.4	Sachlicher Geltungsbereich	
	3.5	Aufbau und Wirkungsweise (OECD-Musterabkommen)	
	3.5.1	Wohnsitz-Besteuerung / Quellenbesteuerung Art. 4 M-DBA	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Voraussetzungen für das Vorliegen der beschränkten ESt-Pflicht sollen von den Studierenden geprüft werden können ⁽²⁾	3.5.2 Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen Art. 6 M-DBA	7
	3.5.3 Unternehmensgewinne Art. 7 M-DBA	
	3.5.4 Dividenden, Lizenzen und Zinsen Art. 10-12 M-DBA	
	3.5.5 Einkünfte aus unselbständiger Arbeit Art. 15 M-DBA Einzelheiten zur 183-Tage-Regelung – Künstler und Sportler	
	3.5.6 Künstler und Sportler	
	3.6 Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung Art. 23 M-DBA	
	3.6.1 Befreiungsmethode mit Progressionsvorbehalt	
	3.6.2 Anrechnungsmethode	
	4 Beschränkte Einkommensteuerpflicht § 1 Abs.4 EStG	
	4.1 Ausländer und Inlandsbeziehungen	
	4.1.1 Beschränkt steuerpflichtige Einkünfte § 49 Abs.1 EStG	
	4.1.2 Inländische Einkünfte	
	4.1.3 Ermittlung der inländischen Einkünfte	
	4.1.4 Unbeschränkte Steuerpflicht auf Antrag § 1 Abs.3 EStG	
	4.1.5 Besonderheiten bei Angehörigen eines EU-Staates § 1a EStG	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen in Grundfällen beherrschen, wie sich Verluste aus ausländischen Einkunftsquellen auf das zu versteuernde Einkommen und den Steuersatz auswirken ⁽²⁾	4.2 Isolierende Betrachtungsweise für inländische Einkünfte § 49 Abs.2 EStG	5
	4.3 Steuerabzugsverfahren bei beschränkter Steuerpflicht § 50 Abs.2 EStG	
	4.3.1 Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer	
	4.3.2 Erweiterung des Steuerabzugs durch § 50a	
	4.4 Veranlagte inländische Einkünfte	
	4.4.1 Inländische Betriebsstätte - Gewinnermittlung (Grundzüge)	
	4.4.2 Einkünfte aus selbständiger Arbeit	
	4.4.3 Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	
	4.4.4 Andere Einkünfte (Überblick)	
	4.5 Wechsel der Steuerpflicht innerhalb des Veranlagungszeitraums (§ 2 Abs. 7 S. 3 EStG)	
	5 Negative ausländische Einkünfte	
	5.1 Verlustausgleichsverbot / Verlustausgleichsbeschränkung § 2a Abs.1 EStG	
	5.1.1 Anwendungsfälle	
	5.1.2 Verlustvortragsmöglichkeit in Folgejahren	
	5.2 Produktivitätsklausel § 2a Abs.2 EStG	
	5.2.1 Nicht-DBA-Einkünfte	
	5.2.2 DBA-Einkünfte	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen erkennen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Rechtsfolgen sich in bestimmten Fällen ein Wohnsitzwechsel ins Ausland auswirkt. ⁽²⁾	6 Außensteuergesetz	5
	6.1 Problemstellung / Zielsetzungen	
	6.2 Grundsätze / Entstrickungsregelungen allgemein	
	6.3 Behandlung wesentlicher Beteiligungen bei Wohnsitzwechsel ins Ausland § 6 AStG	
	6.4 Hinzurechnungsbesteuerung § 7 AStG, (Hinweis)	
Die Studierenden sollen die Grenzpendlerregelungen eines DBA kennen gelernt haben. ⁽¹⁾	7 Sonderproblematik bei Grenzpendlern	3
	7.1 Option zur unbeschränkten Steuerpflicht nach § 1 Abs.3 EStG	
	7.2 Rechtsfolgen der Option	
	7.3 Personen- und familienbezogene Vergünstigungen	
Die Studierenden sollen sich die Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit vorstellen können. ⁽¹⁾	8 Zusammenarbeit mit anderen Staaten (Hinweis)	2
	8.1 Verständigungsverfahren	
	8.2 Zwischenstaatlicher Austausch von Auskünften	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>9 Übungsfälle zum Lehrstoff (Tz. 1 – 8)</p> <p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul style="list-style-type: none">- unterrichtsbegleitende ARBEITSBLÄTTER mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben- gesonderte ÜBUNGSAUFGABEN zur Verarbeitung behandelter Lerninhalte- eigenständig zu bearbeitende HAUSAUFGABEN zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte	7

Fach	Körperschaftsteuer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
		Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen die im G 2 B vermittelten Besonderheiten bei der Einkommensermittlung einer KapGes vertiefen und sicher beherrschen. ⁽³⁾</p> <p>Die Besonderheiten der Behandlung von Tantieme- und Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer werden in Grundfällen dargestellt. ⁽²⁾</p> <p>Die Gesellschafter Fremdfinanzierung wird in Grundzügen vorgestellt. ⁽¹⁾</p> <p>Die Behandlung von Beteiligungen an anderen Kapitalgesellschaften (und Genossenschaften) sowie von Ausschüttungen auf diese Beteiligungen soll von den Studierenden beherrscht werden. ⁽²⁾</p> <p>Die Studierenden sollen die Voraussetzungen für die Annahme einer verdeckten Einlage kennen und die steuerlichen Folgen bei der Gesellschaft und den Anteilseignern sicher umsetzen können. ⁽³⁾</p>	1	Ermittlung des zu versteuern- den Einkommens einer Kapitalgesellschaft	13
	1.1	Behandlung von Gewinn- bzw. Kapitalrücklagen und Gewinnvortrag §§ 266 Abs.3, 272 Abs.2, Abs.3 HGB	
	1.2	Beteiligung an anderen Kapitalgesellschaften / Genossenschaften	
	1.2.1	Erhaltene Gewinnausschüttungen § 8b Abs.1, Abs.4 KStG	
	1.2.2	Veräußerung der Beteiligung § 8b Abs.2 KStG	
	1.2.3	Aufwendungen im Zusammenhang mit Beteiligungserträgen / Veräußerungsgewinnen § 8b Abs.5, Abs.3 S.1 - S.3 KStG	
	1.3	Besonderheiten bei verdeckten Gewinnausschüttungen, verdeckte Gewinnausschüttungen bei Tantiemen und Pensionszusagen (§ 8 Abs.3 S.2 KStG)	
	1.4	Verdeckte Einlagen	
	1.4.1	Begriff / Voraussetzungen	
	1.4.2	Auswirkungen bei der Kapitalgesellschaft § 8 Abs.3 S.3 ff. KStG	
	1.4.3	Auswirkungen beim Anteilseigner	
	1.5	Zinsschranke und Gesellschafter-Fremdfinanzierung (Hinweis) § 8a KStG i.V.m. § 4h EStG	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen die Notwendigkeit der gesonderten Feststellung des steuerlichen Einlagekontos klar erkennen und die Regeln dieser gesonderten Feststellung sicher beherrschen. ⁽³⁾</p> <p>Die Studierenden sollen die Durchführung des Verlustabzugs sicher beherrschen. ⁽³⁾ Das Verlustabzugsverbot beim sog. „Mantelkauf“ soll den Studierenden in Grundzügen klar sein. ⁽²⁾</p>	<p>2 Das steuerliche Einlagekonto</p> <p>2.1 Die Feststellung des steuerlichen Einlagekontos § 27 Abs.2 KStG</p> <p>2.2 Ausgangsbetrag und Zugänge § 27 Abs.1 KStG</p> <p>2.3 Der Verbrauch des steuerlichen Einlagekontos § 27 Abs.1 KStG</p> <p>2.4 Auswirkungen der Verwendung des steuerlichen Einlagekontos beim Gesellschafter u.a. § 20 Abs.1 Nr.1 S.3 EStG, § 17 Abs. 4 EStG</p>	4
	<p>3 Die Behandlung von Verlusten einer KapGes</p> <p>3.1 Bei der Einkommensermittlung § 10d EStG</p> <p>3.2 Die Beschränkung der Verlustverrechnung bei Kapitalgesellschaften § 8c, § 8d KStG</p>	3
	<p>4 Besprechung von Übungen (Tz. 1 – 5)</p> <p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - unterrichtsbegleitende ARBEITSBLÄTTER mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben - gesonderte ÜBUNGSAUFGABEN zur Verarbeitung behandelter Lerninhalte - eigenständig zu bearbeitende HAUSAUFGABEN zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte 	10

Fach	Umsatzsteuer	Gesamtstunden 72	Hauptstudium
		Unterrichtsstunden 66	Klausurstunden 6

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen die Grundlagen der Umsatzsteuerrechtlichen Organschaft erkennen und verstehen können. ⁽²⁾	1	Unternehmer, Unternehmen Organschaft § 2 Abs. 2 Nr.2 UStG	3
Aufbauend auf die als bekannt vorausgesetzten Grundlagen des Leistungsaustausches sollen die Studierenden	2	Leistungsaustausch § 1 Abs. 1 Nr.1 S.1 UStG	6
- die Voraussetzungen für das Vorliegen eines nicht steuerbaren Schadensersatzes erkennen, diesen vom steuerbaren Leistungsaustausch abgrenzen und konkrete Problemstellungen sachgerecht lösen können, ⁽³⁾	2.1	Wiederholung der allgemeinen Grundsätze, insbesondere auch zu Lieferungen und Sonstigen Leistungen	
	2.2	Entschädigungen bei Vertragsstörungen (Nichterfüllung, Leistungsverzug, Zahlungsverzug, Annahmeverzug)	
- die Besonderheiten im Zusammenhang mit den Leistungen an das Personal umsatzsteuerrechtlich zutreffend beurteilen und konkrete Fallgestaltungen sachgerecht lösen können, ⁽³⁾	2.3	Entschädigungen von Versicherungen	
	2.4	Entschädigungen bei vorzeitiger Vertragsauflösung	
	2.5	Zuwendungen an das Personal (Naturalleistungen, Personalrabatte, Versicherungen) § 3 Abs. 1b Nr.2 u. Abs. 9a UStG	
- die umsatzsteuerrechtlichen Besonderheiten im Zusammenhang mit den Leistungen der Gesellschafter an die Gesellschaft und umgekehrt erkennen und verstehen können, ⁽²⁾	2.6	Leistungen der Gesellschafter an die Gesellschaft und umgekehrt	
Aufbauend auf die als bekannt vorausgesetzten Grundlagen von Lieferungen und sonstigen Leistungen sollen die Studierenden	3	Abgrenzung Lieferung - sonstige Leistung	5
	3.1	Handeln in eigenem und fremdem Namen	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<ul style="list-style-type: none"> - die Grundlagen der umsatzsteuerlichen Behandlung von Leasinggeschäften erkennen und verstehen können, ⁽²⁾ - die Voraussetzungen für das Vorliegen von und die Besonderheiten in Zusammenhang mit Kommissions- bzw. Agenturgeschäften erkennen, diese voneinander abgrenzen und konkrete Problemstellungen sachgerecht lösen können. ⁽³⁾ 	<p>3.1.1 Kommissionsgeschäfte § 3 Abs. 3 UStG</p> <p>3.1.1.1 Grundfall</p> <p>3.1.1.2 Grenzüberschreitende Kommissionsgeschäfte</p> <p>3.1.2 Agenturgeschäfte (ohne unechte Agentur und Ladenrechtsprechung) § 3 Abs. 9 UStG</p> <p>3.1.2.1 Grundfall (inklusive Vorschriften zum Leistungsort)</p> <p>3.1.2.2 Steuerbefreiungen bei Vermittlungsgeschäften</p>	
Die Studierenden sollen die Voraussetzungen und Folgen einer echten und einer unechten Geschäftsveräußerung umsatzsteuerrechtlich zutreffend beurteilen und auf konkrete Sachverhalte anwenden können. ⁽³⁾	<p>4 Geschäftsveräußerung § 1 Abs. 1a UStG</p> <p>4.1 Wesentliche Grundlagen eines Unternehmens</p> <p>4.2 Gesondert geführter Betrieb</p> <p>4.3 Grundsätzliche Behandlung; Folgen für Vorsteuerberichtigung</p> <p>4.4 Folgen des Zurückbehaltens wesentlicher Betriebsgrundlagen (sog. unechte Geschäftsveräußerung)</p> <p>4.4.1 Behandlung bestimmter Besitzposten (halbfertige Arbeiten, Firmenwert)</p> <p>4.4.2 Behandlung bestimmter Passivposten (Schulden, Rückstellungen, Wertberichtigung)</p>	3
Die Studierenden sollen die umsatzsteuerrechtlichen Besonderheiten im Zusammenhang mit der Gründung von	<p>5 Gründung von Gesellschaften</p> <p>5.1 Gründung von Personengesellschaften und</p>	5

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Gesellschaften und dem Ein- bzw. Austritt von Gesellschaftern von Personengesellschaften erkennen und verstehen können. ⁽²⁾</p> <p>Die Studierenden sollen auf der Grundlage der als bekannt vorausgesetzten Kenntnisse über die Besteuerungsformen und Besteuerungsarten, die Voraussetzungen und Folgen des Wechsels von Besteuerungsform und Besteuerungsart umsatzsteuerrechtlich zutreffend beurteilen und auf konkrete Sachverhalte anwenden können. ⁽³⁾</p>	<p>Kapitalgesellschaften (nur GmbH)</p> <p>5.2 Ein- und Austritt von Gesellschaftern bei Personengesellschaften</p>	
	<p>6 Wechsel der Besteuerungsform und der Besteuerungsart § 19 u. § 13 UStG</p>	4
	6.1 Zulässigkeit des Wechsels	
	6.2 Folgen des Wechsels (Forderungen, Anzahlungen, Vorsteuerabzug, Rechnungen)	
	7 Übungen zum Lehrstoff	28
	8 Prüfungsvorbereitung	12
	9 Bearbeiten der Klausur	6
	Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:	
	- unterrichtsbegleitende Arbeitsblätter mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben	
	gesonderte Übungsaufgaben zur Verarbeitung behandelter Lehrinhalte	